

Direktkandidaten und die Wahlerfolge ihrer Partei im deutschen Zweistimmensystem. Das Beispiel der Bundestagswahl 2013 in Stuttgart

Franz Urban Pappi und Thomas Bräuninger*

In den zwei Stuttgarter Bundestagswahlkreisen kandidierten 2013 insgesamt fünf Abgeordnete des 17. Bundestags sowie ein Bundesparteivorsitzender. Im Wahlkreis Stuttgart I trat der 2009 direkt gewählte MdB Dr. *Stefan Kaufmann* von der CDU gegen die frühere Landesvorsitzende der SPD und MdB *Ute Vogt* und eine Bundestagskollegin von der FDP, *Judith Skudelny*, an; für die Grünen kandidierte der Vorsitzende der Bundespartei *Cem Özdemir*. Im Wahlkreis Stuttgart II hatte die Amtsinhaberin *Karin Maag* von der CDU die Bundestagskollegin *Birgitt Bender* von den Grünen als Gegnerin. Zwar hatten *Maag* und *Kaufmann* bei der Wahl 2009 ihre Mandate mit klarem Abstand vor den Zweitplatzierten errungen (mit acht beziehungsweise 16 Prozentpunkten), doch für die Wahl 2013 hatten SPD und Grüne eine gegenseitige Unterstützung des jeweils aussichtsreichereren Gegenkandidaten abgesprochen. In Stuttgart II empfahlen die Grünen ihren Anhängern, den SPD-Kandidaten *Nicolaus Schäfstoß* zu wählen, dafür galt in Stuttgart I für die SPD die Wahl von *Cem Özdemir* als Empfehlung.¹ Im Ergebnis unterlagen jedoch beide Kandidaten in ihrem Wahlkreis. *Özdemir* zog über Platz 2 der Landesliste in den 18. Bundestag ein, *Nicolaus Schäfstoß* hingegen ging auf Platz 32 der SPD-Landesliste leer aus. Auch *Birgitt Bender* verpasste den Einzug in den Bundestag auf Platz 11 der Landesliste der Grünen – Platz 10 war der letzte erfolgreiche Listenplatz.

Direktkandidaten bei Bundestagswahlen können auf zweierlei Art zum Wahlerfolg ihrer Partei beitragen: Sie können ihren Wahlkreis gewinnen und die Zweitstimmen ihrer Partei mehren. Die Bedeutung beider Effekte lässt sich am Stuttgarter Beispiel gut untersuchen. Eine relative Mehrheit der Erststimmen für *Özdemir* in Stuttgart I und eine entsprechende Mehrheit für *Schäfstoß* in Stuttgart II wären eindrucksvolle Signale einer dauerhaft starken Linken in der Landeshauptstadt ein Jahr nach dem Sieg des Grünen *Fritz Kuhn* bei der Oberbürgermeisterwahl gewesen. Ohne einen positiven Effekt auf die Zweitstimmen hätte sich allerdings nur die personelle Zusammensetzung der Bundestagsfraktionen verändert. Für den Wahlerfolg einer Partei sind, zumindest seit dem Ausgleich von Überhangmandaten durch zusätzliche Zweitstimmenmandate, die positiven Auswirkungen starker Direktkandidaten auf die Zweitstimmen wichtiger.

Eine Wahltagsbefragung des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart² bietet die Möglichkeit, diesen beiden Fragen nachzugehen: Was sind die Gründe des Wahlsiegs der Direktkandidaten, und welchen Effekt haben Direktkandidaten auf das Zweitstimmenergebnis

* Wir bedanken uns bei *Thomas Schwarz* und *Anke Schöb* vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt Stuttgart für die Zusammenarbeit und Bereitstellung der Daten. Der Redaktion der ZParl und unserer Mitarbeiterin am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, *Frau Anna-Sophie Kurella*, M.A. danken wir für wertvolle Anregungen und kritische Durchsicht des Beitrags.

1 Vgl. *Wolfgang Schulz-Braunschmidt*, Rot und Grün kooperieren doch bei der Erststimme, in: Stuttgarter Zeitung vom 11. September 2013, S. 19.

2 Vgl. Landeshauptstadt Stuttgart (Hrsg.), Die Bundestagswahl am 22. September 2013 in Stuttgart. Eine Analyse des Wahlverhaltens in räumlicher und sozialstruktureller Differenzierung. Statistik und Informationsmanagement, Themenheft 1, Stuttgart 2013.

ihrer Partei? Zum einen wäre bei den gegebenen Stärkeverhältnissen der Parteien in Stuttgart ein Sieg von *Özdemir* im Wahlkreis 258 und von *Schäfstoß* im Wahlkreis 259 möglich gewesen, vorausgesetzt, die Anhänger von SPD und Grünen hätten sich an die Empfehlungen ihrer lokalen Parteispitzen gehalten. Dann hätte sich für einige Wähler aber das Problem ergeben, einen Kandidaten wählen zu müssen, von dem man weniger hält als vom Bewerber der eigenen Partei. Zum anderen kann, wie das Beispiel der FDP zeigt, ein solches strategisches Erststimmenwählen über einen langen Zeitraum auch kontraproduktiv wirken: Das Vertrauen der Anhänger in die eigene Partei wird geschwächt, was auf Dauer, über mehrere Wahlen hinweg, eventuell zu weniger und nicht mehr zu Zweitstimmen führt. Es sei hier daran erinnert, dass die FDP als zweitstärkste Partei in Stuttgart in die junge Bundesrepublik startete; die SPD war aus der Wahl 1949 als stärkste Partei hervorgegangen, die CDU lediglich als drittstärkste. Als es 2013 für die „Funktionspartei“ FDP in widrigem Umfeld auf treue Wähler angekommen wäre, waren schlicht zu wenige da.

Welche Antworten auf die beiden Forschungsfragen sind der Literatur zu entnehmen? Sie beziehen sich allgemein auf Zweitimmensysteme, weshalb hier ein allgemeiner Literaturüberblick folgt, der zu Hypothesen führt, die auch für Stuttgart Gültigkeit beanspruchen. Sodann werden die Stuttgarter Daten und der Untersuchungsplan zur Beantwortung der Forschungsfragen vorgestellt. Als Hauptmotive für Erst- und Zweitstimme werden die Einstellungen herangezogen, die sich unmittelbar auf diese zwei Entscheidungen beziehen: die Neigung zu einer Partei, die Beurteilung der fünf Bundestagsparteien sowie der Direktkandidaten der Parteien in den beiden Stuttgarter Wahlkreisen. Da es nicht selbstverständlich ist, dass sich die Wähler überhaupt eine Meinung vor allem zu den Wahlkreis-Kandidaten bilden, werden auch Umfang und Art dieser Meinungsbildung untersucht, bevor die Ergebnisse zur Kandidaten- und Landeslisten-Wahl berichtet werden. Hier wird zunächst konventionell das Erst- und Zweitstimmenverhalten getrennt analysiert. In einem zweiten Schritt soll dann die wechselseitige Abhängigkeit von Erst- und Zweitstimmenwahl berücksichtigt werden, so dass wir zwischen Wählern unterscheiden, die beide Stimmen derselben Partei zugutekommen lassen, und solchen, die ihre Stimmen splitten.

1. Hypothesen und Befunde über die Rolle der Direktkandidaten im deutschen Mischwahl- system

Die Einordnung des Bundestagswahlsystems als Mischwahltypus ist umstritten, weil es von der Wirkung auf die Sitzverteilung her beurteilt wie ein Verhältniswahlsystem mit Sperrklausel wirkt.³ Dagegen zielt die englische Bezeichnung „mixed-member proportional system“⁴ auf einen weiteren Aspekt der auf zweierlei Weise gewählten Abgeordneten. Die durch relative Mehrheitswahl in Einer-Wahlkreisen erfolgreichen Direktkandidaten wurden von Wahlkreisvertreterkonferenzen⁵ nominiert, die über Landeslisten nach dem Proportio-

3 Vgl. *Eckhard Jesse*, Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform, Düsseldorf 1985.

4 *Mathew S. Shugart / Martin P. Wattenberg* (Hrsg.), Mixed-Member Electoral Systems. The Best of Both Worlds?, Oxford 2001.

5 Dies sind entweder Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen, vgl. *Marion Reiser*, Wer entscheidet unter welchen Bedingungen über die Nominierung von Kandidaten?, in: *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011, S. 237 – 259.

nalprinzip gewählten Abgeordneten hingegen von Delegierten auf Landesparteitagen aufgestellt. Dabei ist auf einen lange übersehenden Zusammenhang zwischen der Aufstellung von Wahlkreis- und Listenkandidaten hinzuweisen: „Die Kandidatur vor Ort ist eine zentrale, wenn nicht gar zwingende Voraussetzung für eine aussichtsreiche Platzierung auf der Liste.“⁶ Entsprechend gibt es einerseits nur wenige Bundestagsabgeordnete, die nicht in einem Wahlkreis kandidiert haben. Welchem Prinzipal sich der Abgeordnete letztlich am meisten verpflichtet fühlt, der Wählerschaft und Partei im Wahlkreis oder dem Landesverband seiner Partei, hängt andererseits davon ab, von wem er oder sie sich die besten Wiederwahlchancen verspricht.⁷

Bei der Einführung des Wahlsystems zur ersten Bundestagswahl 1949 und den Diskussionen in den 1950er Jahren wurde als dritter Aspekt auch die Mischung von Persönlichkeitswahl und Listenwahl hervorgehoben.⁸ Von Anfang an wurde bezweifelt, dass für die Wähler die Persönlichkeit des Kandidaten gegenüber einem reinen Parteimotiv eine große Rolle spielt.⁹ Allerdings hatte man bei der ersten Bundestagswahl nur eine Stimme, die einmal als „Erst-“ und einmal als „Zweitstimme“ ausgezählt wurde, und es konnte streng genommen noch gar keinen Amtsinhaberbonus („incumbency effect“) geben. Es ist gut möglich, dass unter diesen Bedingungen, ähnlich wie bei britischen Unterhauswahlen, in erster Linie die Parteien und ihre Spitzenkandidaten für die Wahlentscheidung ausschlaggebend waren. Das Zweistimmensystem seit 1953 könnte die Erststimme bis zu einem gewissen Grad von der Parteimotivation entkoppelt und dabei Anreize zu einer Strategie des „personal vote“ bei den Kandidaten und zu entsprechendem Verhalten bei den Wählern verstärkt haben. Darauf wird bei möglichen Erklärungen für den Sieg im Wahlkreis zurückzukommen sein.

Im präsidentiellen System der USA haben Abgeordnete mehr Spielraum gegenüber ihrer Partei als in parlamentarischen Systemen mit disziplinierten Parteien. Deshalb findet dort die Person und eigene Rolle der Kandidaten für den Sieg im Wahlkreis auch größere Aufmerksamkeit als in den parlamentarischen Systemen Europas. Insbesondere der „incumbency effect“ ist oft untersucht worden.¹⁰ So zeigt sich, dass der Amtsinhaberbonus einen wichtigen Bestandteil der Valenz der Bewerber darstellt, das heißt ihres allgemeinen Ansehens, das unabhängig von ihren politischen Standpunkten ist. Umgekehrt lässt sich auch zeigen, dass Valenzunterschiede zwischen Kandidaten deren Positionierung bei inhaltlichen Streitfragen beeinflussen.¹¹

6 Suzanne S. Schüttmeyer / Roland Sturm, Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 3, S. 539 – 554, S. 548.

7 Vgl. Michael Stoffel, MPs with Competing Principals. A Theoretical Contribution to the Study of Representation in Mixed-Member Electoral Systems, Dissertation, Universität Mannheim 2013.

8 Vgl. Eckhard Jesse, a.a.O. (Fn. 3), S. 93.

9 Vgl. ebenda, S. 106.

10 Vgl. Walter J. Stone / Elizabeth N. Simas, Candidate Valence and Ideological Positions in U.S. House Elections, in: American Journal of Political Science, 54. Jg. (2010), H. 2, S. 371 – 388. Siehe aber auch für Großbritannien David Wood / Philip Norton, Do Candidates Matter? Constituency-Specific Vote Changes for Incumbent MPs, 1983-1987, in: Political Studies, 40. Jg. (1992), H. 2, S. 227 – 239.

11 Vgl. Timothy Groseclose, A Model of Candidate Location when One Candidate has Valence Advantage, in: American Journal of Political Science, 45. Jg. (2001), H. 4, S. 862 – 886; Scott Ashworth / Ethan Bueno de Mesquita, Elections with Platform and Valence Competition, in:

Seit Anfang der 1990er Jahre haben viele Länder Mischwahlsysteme eingeführt, darunter auch einige Zweistimmensysteme mit Anrechnung der direkt gewählten Abgeordneten auf die Parteilisten wie zum Beispiel Neuseeland. Das eröffnete viele Möglichkeiten für die vergleichende Forschung. So ließen sich mit Hilfe von Aggregatdatenanalysen Antworten auf Fragen finden, die in der deutschen Wahlsystemforschung zwar gestellt, aber mangels institutioneller Varianz nicht beantwortet werden konnten.

Bei der Beantwortung der ersten Forschungsfrage nach Gründen des Sieges im Wahlkreis spielt die Unterscheidung von strategischem Wählen und reiner Persönlichkeitswahl die Hauptrolle. Erstes liegt vor, wenn man von der Wahl des Kandidaten der eigenen Partei absieht, um einem aussichtsreichen Bewerber zum Sieg zu verhelfen, den man mehr schätzt als dessen aussichtsreichen Gegner. Persönlichkeitswahl beruht dagegen auf attraktiven Kandidatenmerkmalen, die man unter dem Begriff der Kandidatenvalenz zusammenfassen kann. In ihrer empirischen Untersuchung identifizieren *Robert Moser* und *Ethan Scheiner*¹² diese beiden Formen der Kandidatenwahl mit Hilfe knapper Stimmendifferenzen zwischen Wahlkreissieger und erstem Verlierer (Siegervorsprung, „margin of victory“). Da es bei großem erwarteten Siegervorsprung weniger auf einzelne Stimmen ankommt, hat strategisches Wählen dann auch keinen Sinn. Wenn sich entsprechend der Vorsprung des erfolgreichen Kandidaten negativ auf den Überschuss seiner Erst- über die Zweitstimmen seiner Partei auswirkt, ist dies ein Indikator für strategisches Wählen, während man ein positives Vorzeichen als Indikator für eine Persönlichkeitswahl interpretieren kann.

Moser und *Scheiner* vergleichen Wahlergebnisse für Neuseeland, Japan, Litauen und Russland mit denen der Bundestagswahl 1998 und stellen fest, dass sich der Siegervorsprung nur in Deutschland negativ auf den Erststimmenüberschuss auswirkt. In den anderen Ländern spielt damit die Persönlichkeitswahl die entscheidende Rolle, während die Autoren für Deutschland, „a heavily party-oriented system“¹³, dem strategischen Erststimmenwählen eine wesentliche Rolle zusprechen. Ein Problem dieses auf Aggregatdaten basierenden Untersuchungsdesigns ist, dass strategisches Wählen und Persönlichkeitswahl nur als Überschuss der Erststimmen über die Zweitstimmen derselben Partei gemessen werden können. Auf der Basis eines formalen Entscheidungsmodells können *Michael Herrmann* und *Franz Urban Pappi*¹⁴ letzteres Ergebnis für Deutschland auch mit Umfragedaten bestätigen.

Die Beantwortung der zweiten Forschungsfrage mit Aggregatdaten wurde unter der Bezeichnung „Kontamination“ in die internationale Literatur eingeführt. Damit ist gemeint, dass die zwei in Mischwahlsystemen zusammengeführten Wahlsysteme nicht unabhängig voneinander das Wahlverhalten beeinflussen, so dass angesehene Wahlkreiskandidaten auch zu einer Stimmenmehrung der entsprechenden Parteiliste führen. So heben *Frederico Ferrara*

Games and Economic Behavior, 67. Jg. (2009), H. 1, S. 191 – 216; *Aleksander Ksiakiewicz / James Hedrick*, An Introduction to Implicit Attitudes in Political Science Research, in: Political Science & Politics, 46. Jg. (2013), H. 3, S. 525 – 531; und für Großbritannien *Matthew K. Buttice / Caitlin Milazzo*, Candidate Positioning in Britain, in: Electoral Studies, 30. Jg. (2001), H. 4, S. 848 – 857.

12 Vgl. *Robert G. Moser / Ethan Scheiner*, Strategic Ticket Splitting and the Personal Vote in Mixed-Member Electoral Systems, in: Legislative Studies Quarterly, 30. Jg. (2005), H. 2, S. 259 – 276.

13 Ebenda, S. 259.

14 Vgl. *Michael Herrmann / Franz Urban Pappi*, Strategic Voting in German Constituencies, in: Electoral Studies, 27. Jg. (2008), H. 2, S. 228 – 244.

und *Erik Herron*¹⁵ hervor, dass zum Beispiel in Deutschland anders als in Ländern mit einfacher Mehrheitswahl Parteien auch dort Wahlkreiskandidaten aufstellen, wo keinerlei Aussicht auf den Wahlkreissieg besteht. Diese Parteistrategie werde von Zweistimmensystemen und von der Anrechnung der Erststimmenerfolge auf die proportional zu verteilenden Sitze („seat linkage“) begünstigt. Die Parteien halten eine solche Strategie für sinnvoll, weil sie davon ausgehen, dass eine Partei mit Wahlkreiskandidaten einen intensiveren Wahlkampf vor Ort führen kann. Außerdem ist eine Direktkandidatur in der Regel Voraussetzung für eine aussichtsreiche Platzierung auf der Landesliste. Ob eine Partei aber wegen der Direktkandidaten auch mehr Zweitstimmen bekommt, lässt sich empirisch schwer prüfen, weil es kaum Wahlkreise gibt, in denen die Bundestagsparteien nicht mit Direktkandidaten vertreten wären. Tritt eine erst kurz vor der Wahl gegründete Partei auf, die es noch nicht schafft, in jedem Wahlkreis mit Kandidaten präsent zu sein wie die AfD 2013, schneidet sie in den Wahlkreisen mit Kandidaten nicht besser ab als in Wahlkreisen ohne Kandidaten.¹⁶ *Jens Hainmüller* und *Holger Kern*¹⁷ dagegen argumentieren, dass eine positive Wirkung auf die Zweitstimmen („spillover effect“) nicht nur von der bloßen Kandidatur, sondern auch vom Amtsinhaberbonus ausgehen kann. Dann würden Parteien dort, wo der Wahlkreisabgeordnete wieder kandidiert beziehungsweise ein Neuling den Wahlkreis von einem Parteikollegen übernimmt, vergleichsweise mehr Zweitstimmen erhalten. Allerdings schränkt ein solcher Untersuchungsplan die Analyse auf CDU/CSU und SPD ein. Für diese Parteien können die Autoren den prognostizierten positiven Effekt des Amtsinhaberbonus auf die Zweitstimmen in Höhe von 1,4 bis 1,7 Prozentpunkte nachweisen. Das könnte 2002 der rot-grünen Regierung unter *Gerhard Schröder* den Sieg gebracht haben.

Stehen Umfragedaten zusammen mit Informationen über die Wahlkreise der Befragten zur Verfügung, kann die Wirkung von Wahlkreis- und Kandidateneigenschaften zusammen mit Merkmalen des Befragten auf die Kandidaten- und Parteiwahl untersucht werden. Solche Untersuchungen sind selten, in jüngster Zeit interessiert die Frage aber im Zusammenhang mit der Kontaminationsproblematik in Mischwahlssystemen mehr als früher. So präsentierte *Jeffrey Karp*¹⁸ Ergebnisse für die Parlamentswahl 2002 in Neuseeland, die wegen der Ähnlichkeit der Wahlsysteme auch für die Bundestagswahlen unmittelbar relevant sind. Danach wirken sich insgesamt Merkmale der Direktkandidaten nur schwach und zusätzlich noch unterschiedlich auf die Parteiwahl aus. Kandidiert der bisherige Mandatsinhaber, mehrt das nur die Parteistimmen für Labour; bemüht sich ein Parteiführer um ein Direktmandat, nützt das auch den „Zweitstimmen“ für kleinere Parteien. Interessant ist, dass sich bei den neuseeländischen Grünen, die im Jahr 2002 national auf 7,0 Prozent der Parteistimmen kamen, eine zusätzliche Kandidatur im Wahlkreis negativ auf die Parteistimmen auswirkte. Die Aufstellung eines eigenen aussichtslosen Bewerbers im Wahlkreis kann

15 Vgl. *Frederico Ferrara* / *Erik S. Herron*, Going it Alone? Strategic Entry Under Mixed Electoral Rules, in: *American Journal of Political Science*, 49. Jg. (2005), H. 1, S. 16 – 31.

16 Vgl. *Anna-Sophie Kurella*, Hätten Direktkandidaten der AfD über die 5%-Hürde verholfen? Eine Untersuchung des Kontaminationseffekts im Mischwahlssystem, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Mannheim 2014.

17 Vgl. *Jens Hainmüller* / *Holger L. Kern*, Incumbency as a Source of Spillover Effects in Mixed Electoral Systems: Evidence from a Regression Discontinuity Design, in: *Electoral Studies*, 27. Jg. (2008), H. 2, S. 213 – 227.

18 Vgl. *Jeffrey A. Karp*, Candidate Effects and Spill-Over in Mixed Systems: Evidence from New Zealand, in: *Electoral Studies*, 28. Jg. (2009), H. 1, S. 41 – 50.

einer Partei unter Umständen auch schaden. Eine allgemeine Ursache schwacher Kandidateneffekte in Neuseeland ist nach *Karp*, dass sich viele Wähler überhaupt kein Urteil über die Kandidaten bilden: „This reflects the fact that parties rather than candidates appear to matter more in New Zealand politics even though districts are relatively small and MPs are likely to invest a great deal of effort in constituency service.“¹⁹ Wenn man bedenkt, dass deutsche Wahlkreise größer sind und die deutsche Politik sehr stark parteienorientiert ist²⁰, wird man für Deutschland kaum ein anderes Ergebnis erwarten dürfen.

Demgegenüber vermuten *Thomas Gschwend* und *Thomas Zittel* als Folge abnehmender Parteibindungen der deutschen Wähler eine Chance für „alternative Orientierungspunkte“²¹, zu denen sie auch Wahlkreiskandidaten zählen. Anreize dazu gebe es im deutschen Mischwahlsystem sowohl auf der Kandidaten- als auch der Wählerebene. Für den Gewinn des Wahlkreismandats hieße das zunächst, einen eigenständigen Wahlkampf, auch gestützt auf eigene Wahlkampffressourcen, in gewisser Unabhängigkeit von der eigenen Landes- oder Bundespartei zu führen. *Gschwend* und *Zittel* weisen eine starke Wirkung dieser Strategie auf die Vergabe der Erststimme bei solchen Wählern nach, die nicht Anhänger der Partei des Kandidaten sind.²² Diese von der Parteianhängerschaft unabhängige Wahl des Direktkandidaten bezeichnen sie mit dem Begriff Personalisierung als manifestes Verhalten. Voraussetzung für ein solches Verhalten sei eine kognitive Personalisierung, das heißt die Kenntnis von Namen und Partei des Kandidaten. Diese Kenntnis hing in Deutschland auch noch 2009 stark von Wahlplakaten und persönlichem Kontakt ab, neben Parteidentifikation und allgemeiner politischer Informiertheit.²³ Letzten Endes kommt es also auf die Wahlkampfführung der Kandidaten und deren Interaktion mit den Einstellungen der Wähler an.

Kritisch lässt sich anmerken, dass einem zwar ein Kandidat mit Namen und Parteizugehörigkeit bekannt sein mag, man ihn aber trotzdem zu wenig kennt, um sich ein Urteil über ihn zu erlauben. Und warum sollte einerseits ein Wähler über diesen Kandidaten mehr Information einholen, wenn ihm die Parteizugehörigkeit sowieso signalisiert: Der wird es nie schaffen? Andererseits kann man als Anhänger einer kleinen Partei den Bewerber einer größeren Partei auch nur wegen seiner Partei wählen, ohne geprüft zu haben, wie dieser sich in die Fraktion der größeren Partei einfügt, sollte er direkt gewählt werden. Es reicht, wenn einem die Partei des einen aussichtsreichen Kandidaten besser zusagt als die der anderen aussichtsreichen Kandidaten. Mit anderen Worten: Das strategische Wahldilemma könnte für den Wahlkreissieg wichtiger sein als die Persönlichkeitswahl. Darauf weisen sowohl die Forschungsergebnisse von *Moser* und *Scheiner*²⁴ speziell für Deutschland als auch die von *Herrmann* und *Pappi*²⁵ zum strategischen Erststimmenwählen hin.

19 Ebenda, S. 49.

20 Vgl. *Robert G. Moser / Ethan Scheiner*, a.a.O. (Fn. 12), S. 259.

21 *Thomas Gschwend / Thomas Zittel*, Machen Wahlkreiskandidaten einen Unterschied? Die Persönlichkeitswahl als interaktiver Prozess, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), *Wählen in Deutschland*, Baden-Baden 2012, S. 371 – 392, S. 371.

22 Vgl. ebenda, S. 388.

23 Vgl. ebenda, S. 383.

24 Vgl. *Robert G. Moser / Ethan Scheiner*, a.a.O. (Fn. 12), S. 259.

25 Vgl. *Michael Herrmann / Franz Urban Pappi*, a.a.O. (Fn. 14), S. 228 – 244.

Wie *Karp*²⁶ für Neuseeland untersuchen auch *André Blais* u.a.²⁷ für Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Motive für und mögliche Kontamination von Erst- und Zweitstimmen. Dafür wird zunächst der Nutzen jeder Stimme in Abhängigkeit von Attributen der Parteien und Kandidaten bestimmt und vorausgesagt, dass sich die Einschätzung der lokalen Bewerber und der Gewinnchancen im Wahlkreis nur auf die Kandidatenwahl auswirkt, während Partei- und Spitzenkandidateneinschätzung beide Stimmen beeinflussen. Diese Hypothesen können bestätigt werden, nicht dagegen die Erwartung, dass sich Koalitionspräferenzen nicht auf die Erststimme auswirken. Aus der deutschen Forschung ist immerhin bekannt, dass die Anhänger kleiner Parteien gern den Direktkandidaten ihres gewünschten und erwarteten Koalitionspartners wählen.²⁸ *Blais* u.a.²⁹ gehen dann einen entscheidenden Schritt über konventionelle Untersuchungspläne hinaus und konstruieren aus den Zeitangaben der Befragten, wann sie sich für eine bestimmte Partei und einen bestimmten Kandidaten bei der bevorstehenden Wahl entschieden haben, eine Indikatorvariable, ob die eine Entscheidung der anderen vorausging. Die Entscheidung, die als erste fiel, kann die zweite beeinflusst haben, aber nicht umgekehrt. Damit können sie nachweisen, dass die Zweitstimme die Abgabe der Erststimme beeinflusst, aber nicht umgekehrt. Wegen der gegenseitigen Abhängigkeit von Erst- und Zweitstimme lassen sich solche Befunde aber nur dann erzielen, wenn das Kausalverhältnis klar ist. Dazu bedarf es einer klaren zeitlichen Abfolge, die in Querschnittsbefragungen nur schwer, zum Beispiel durch Rückerinnerung, erfasst werden kann.

In der traditionellen Wahlforschung wird die Parteiidentifikation als kausal vorrangig gegenüber kurzfristigen, auf eine bestimmte Wahl zielenden Einstellungen postuliert.³⁰ In diesem Fall wäre der Einflusspfad klar: Die Parteiidentifikation beeinflusst sowohl die Partei- als auch die Kandidatenbeurteilung zu einem bestimmten Zeitpunkt. Sowohl *Blais* u.a.³¹ als auch *Karp*³² nehmen die Parteiidentifikation beziehungsweise ein Maß für die Parteinähe zusätzlich als Determinante der Wahlentscheidung im Zweitstimmensystem auf, *Blais* u.a. zusätzlich zu Partei- und Kandidatenbeurteilungen. Damit kontrolliert man wenigstens einen Teil der gegenseitigen Abhängigkeit der subjektiven Beurteilungsmaße. Da Parteibeurteilung und Parteiidentifikation sich auf dasselbe Objekt beziehen, wird man zwischen beiden eine engere Beziehung erwarten dürfen als zwischen Parteiidentifikation und Kandidatenbeurteilung.

Aus der Studie von *Blais* u.a.³³ lässt sich ableiten, dass Parteiidentifikation, Kandidaten- und Parteibeurteilung drei zentrale Determinanten der Erst- und Zweitstimmenwahl sind.

26 Vgl. *Jeffrey A. Karp*, a.a.O. (Fn. 18), S. 41 – 50.

27 Vgl. *André Blais* / *Ludovic Rheault* / *John Aldrich* / *Thomas Gschwend*, *Understanding People's Choices when they have two Votes*, unveröffentlichtes Manuskript, University of Montreal.

28 Vgl. *Franz Urban Pappi*, Uninformierte Wähler und informiertes Elektorat: Wie gehen die Wähler mit dem Bundestags-Wahlsystem um?, in: *Evelyn Bytzek* / *Sigrid Rößteutscher* (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*, Frankfurt 2011, S. 211 – 229.

29 Vgl. *André Blais* / *Ludovic Rheault* / *John Aldrich* / *Thomas Gschwend*, a.a.O. (Fn. 27).

30 Vgl. *Franz Urban Pappi*, Party Identification, in: *Bertrand Badie* / *Dirk Berg-Schlosser* / *Leonardo Molino* (Hrsg.), *International Encyclopedia of Political Science*, Thousand Oaks 2011, S. 1806 – 1811.

31 Vgl. *André Blais* / *Ludovic Rheault* / *John Aldrich* / *Thomas Gschwend*, a.a.O. (Fn. 27).

32 Vgl. *Jeffrey A. Karp*, a.a.O. (Fn. 18), S. 41 – 50.

33 Vgl. *André Blais* / *Ludovic Rheault* / *John Aldrich* / *Thomas Gschwend*, a.a.O. (Fn. 27).

Die naheliegende Hypothese ist, dass eine positive Bewertung eines Direktkandidaten ein wesentliches Motiv für die Vergabe der Erststimme ist, während die positive Bewertung einer Partei zu deren Wahl mit der Zweitstimme motiviert.

Der eigentlichen Entscheidungsanalyse werden im Folgenden Ausführungen zur Meinungsbildung über die Direktkandidaten vorausgeschickt. Immerhin hat *Karp* für Neuseeland festgestellt, dass viele Wahlberechtigte die lokalen Bewerber vor allem der kleineren Parteien gar nicht einschätzen konnten.³⁴ *Blais* u.a.³⁵ sprechen dieses Problem nicht explizit an, nehmen aber mit einer Frage nach den Chancen der Parteien im jeweiligen Wahlkreis eine damit eng zusammenhängende Variable in ihre Analyse auf. Die Zuspitzung der Entscheidung auf aussichtsreiche Kandidaten im Mehrheitssegment von Mischwahlsystemen ist als eigene Forschungsfrage zu klären.

Wie *Moser* und *Scheiner*³⁶ vermuten lassen und *Herrmann*³⁷ zeigt, kann der Wahlkreisieg in Deutschland vom strategischen Erststimmenwählen abhängen. Wenn wie in Stuttgart 2013 die Parteien eine Koordination der Stimmabgabe zwischen den Anhängern angestrebt Koalitionen versuchen, sind die Erfolgsaussichten solcher Strategien bei den Wählern herauszuarbeiten. Es wird sich zeigen, inwieweit Direktkandidaten oder die Neigung, Kandidat und Landesliste derselben Partei zu wählen („*sticky voting*“ nach *Karp*), strategisches Erststimmenwählen verhindern. Unter der zweiten Fragestellung nach der Kontamination der Verhältniswahlkomponente durch Entscheidungen der Wähler unter Mehrheitswahl soll untersucht werden, ob sich der negative Befund der Aggregatdatenanalysen von *Kurella*³⁸ für alle Parteien mit Individualdaten bestätigen lässt.

2. Daten und Untersuchungsplan

Am 22. September 2013 führte das Statistische Amt Stuttgart wie schon bei vorausgegangenen Bundestags- und Landtagswahlen sowie bei der Oberbürgermeisterwahl 2012 eine Wahltagsbefragung durch. Von den Personen, die gerade gewählt hatten, wurde jeder Fünfte beim Verlassen des Wahllokals gebeten, einen zweiseitigen Fragebogen auszufüllen. Zielpopulation waren die Wahllokaltwähler; die Verteilung von Erst- und Zweitstimme zeigt nur kleine Unterschiede zum amtlichen Ergebnis der Wahllokaltwähler, die sich wiederum nur minimal von der Gesamtwählerschaft einschließlich der Briefwähler unterscheiden (vgl. Tabelle 2).

Die Befragten sollten Angaben zum Wahlverhalten bei Erst- und Zweitstimme sowie zu sozialstrukturellen Merkmalen machen. Weiterhin wurden Fragen zur Parteineigung („Welcher Partei neigen Sie grundsätzlich zu?“) und zur Beurteilung der Direktkandidaten sowie der Parteien („Was halten Sie grundsätzlich von den folgenden Kandidaten/Kandidatinnen und Parteien?“) gestellt. Man konnte sein Urteil abstufen mit „sehr viel“ (Ausprägung 5), „ziemlich viel“ (4), „teils/teils“ (3), „ziemlich wenig“ (2) und „gar nichts“ (1). Außerdem

34 Vgl. *Jeffrey A. Karp*, a.a.O. (Fn. 18), S. 47.

35 Vgl. *André Blais / Ludovic Rheault / John Aldrich / Thomas Gschwend*, a.a.O. (Fn. 27).

36 Vgl. *Robert G. Moser / Ethan Scheiner*, a.a.O. (Fn. 12), S. 259 – 276.

37 Vgl. *Michael Herrmann*, Wenn wenige den Ausschlag geben... Strategisches Erststimmenwählen bei deutschen Bundestagswahlen 1994 – 2009, in: PVS, 51. Jg. (2010), H. 4, S. 665 – 689.

38 Vgl. *Anna-Sophie Kurella*, a.a.O. (Fn. 16).

konnte „weiß nicht“ angekreuzt werden oder die entsprechende Zeile leer gelassen werden. Da sich das Antwortmuster von „weiß nicht“ und „keine Angabe“ nicht unterscheidet, lassen sich diese beiden Angaben zusammenfassen.

Zu diesen Kernvariablen kam noch eine offene Frage nach dem wahrscheinlichen Wahlkreissieger hinzu („Was meinen Sie, welcher Kandidat wird diesen Wahlkreis gewinnen?“). Eine Antwort darauf zählt als realistisch, wenn tatsächlich einer oder zwei der Direktkandidaten im Wahlkreis genannt wurden. Da die Namen der Kandidaten in der Beurteilungsfrage vorher angegeben wurden, eignet sich diese Frage weniger als Wissensfrage denn zur Feststellung der Siegeswahrscheinlichkeiten der einzelnen Kandidaten aus Wählersicht. Man kann die Anteile der Befragten, die einen Direktkandidaten als wahrscheinlichen Sieger benannten, als „common knowledge“ interpretieren: als im Wahlkreis verbreitete Annahme über die Siegeschancen der Direktkandidaten. Die Presse, Wissen um den Ausgang der letzten Wahl und persönliche Gespräche mögen zu dieser Art Kollektivvermutung führen. Multipliziert mit der Kandidatenbewertung sollte dieser Term strategisches Erststimmenwählen voraussagen.

Von den Hauptvariablen zur Voraussage von Erst- und Zweitstimme bedarf die Verwendung der Parteineigung einer eingehenden Begründung. Hier ist bewusst von Parteineigung und nicht von Parteiidentifikation die Rede, weil letztere ein in der Wahlforschung verwendetes Konzept zur Erfassung einer längerfristigen psychischen Bindung an eine Partei ist³⁹, die mit der vorliegenden Frage nicht unbedingt erfasst wurde. Dazu müsste angenommen werden, dass man bei einzelnen Wahlen wegen kurzfristiger Einflüsse, die von den Wahlkampfthemen und den Kandidaten ausgehen, auch einmal eine andere Partei wählen könnte, ohne dass die langfristige, in der Phase der politischen Primärsozialisation entstandene Bindung verschwindet. Das von *Morris Fiorina*⁴⁰ vorgeschlagene Gegenkonzept basiert auf der Idee einer „running tally“, das heißt einer laufenden Kontoführung über die Plus- und Minuspunkte, die der Bürger den Parteien für ihr Verhalten und ihr Personal gibt. Im Folgenden sei dieses revisionistische Konzept der Parteiidentifikation als Parteineigung bezeichnet. Begrifflich kann man die entsprechende Frage als Kontoabfrage der akkumulierten Parteipunkte verstehen, die ermittelt, welche Partei auf die meisten Pluspunkte kommt.

Sieht man sich die Verteilung der Parteineigung bei den einzelnen Wahltagsbefragungen in Stuttgart an, zeigen sich große Schwankungen der Parteistärken, vor allem bei den Grünen (vgl. Tabelle 1). Im ersten Durchgang der Oberbürgermeisterwahl 2012 hatte ein Drittel der Wahllokals Wähler eine Parteineigung für die Grünen angegeben, bei der Bundestagswahl 2013 waren es nur noch ein Fünftel. Zwar gehen diese Schwankungen sicher zum Teil auf unterschiedliche Beteiligungen je nach Wahl zurück; sie erscheinen aber zu groß, um allein damit erklärt werden zu können. Auffallend ist weiterhin der geringe Prozentsatz der Befragten ohne Parteineigung. In normalen, das heißt nicht unmittelbar am Wahltag stattfindenden Umfragen liegt der Anteil derer, die sich auf die deutsche Standardfrage nach der Parteiidentifikation keiner Partei zuordnen, bei etwa einem Viertel. Diese Ergebnisse lassen vermuten, dass die Angabe einer Parteineigung auch situationsabhängig ist. Man bekennt

39 Vgl. Franz Urban Pappi / Susumu Shikano, Wahlen und Wählerforschung, Baden-Baden 2007, S. 22 – 26.

40 Vgl. Morris P. Fiorina, Retrospective Voting in American National Elections, London 1981.

Tabelle 1: Parteineigung der Wahllokalwähler in Stuttgart bei Wahltagsbefragungen zu den Wahlen von 2009 bis 2013 (in Prozent)

Partei	BTW 2009	LTW 2011	OB-Wahl 2012, erster Wahlgang	OB-Wahl 2012, zweiter Wahlgang	BTW 2013
CDU	27,9	29,0	29,8	30,9	35,2
SPD	21,1	22,5	16,3	17,3	22,5
FDP	11,9	6,3	4,0	3,4	3,9
Grüne	20,8	26,4	33,3	30,7	19,8
Die Linke	5,1	3,0	2,4	3,0	4,0
Andere Partei	2,6	3,7	2,0	2,2	4,6
Keine Partei	5,7	4,5	9,1	9,4	5,6
Mehrere Parteien	2,6	3,2	1,8	1,6	2,8
Keine Angabe	2,2	1,4	1,4	1,4	1,7
N	2.289	2.283	2.047	1.942	2.091

Quelle: Wahltagsbefragung des Statistischen Amts der Stadt Stuttgart.

sich offensichtlich in einer unmittelbaren Wahlumwelt eher zu einer Partei als in normalen Umfragen.⁴¹ Eine so verstandene Parteineigung erleichtert die politische Orientierung und setzt den Stimmbürger bei Wahlen in die Lage, konsistent zu handeln.⁴²

Im Folgenden wird die Variable Parteineigung in die Anhänger der fünf Bundestagsparteien aufgespalten, denen jeweils alle anderen Befragten einschließlich der Nicht-Anhänger oder der Befragten ohne Angabe zu dieser Frage und derer mit Mehrfachnennungen gegenübergestellt werden. Die häufigsten Mehrfachnennungen betreffen mit zehn Personen die Kombination CDU/FDP und mit 16 Befragten SPD/Grüne. Diese Kombinationen lohnen keine eigene Untersuchung. Die so gebildete Parteineigung hat im Untersuchungsplan die Funktion einer unabhängigen Variablen, deren Einfluss auf die Wahlentscheidung zum Teil durch die Partei- und Kandidatenbewertungen vermittelt wird. Dies lässt sich deshalb vermuten, weil die Befragten bestrebt sind, Konsonanz in ihren politischen Einstellungen und in ihrem politischen Verhalten herzustellen. Im Gegensatz zur Parteineigung als „running tally“ misst die Partei- und Kandidatenbewertung – in der Wahlforschung oft mit so genannten Thermometer- oder Skalometer-Fragen erfasst – stärker das augenblickliche Erscheinungsbild einer Partei, ohne dass direkt ein Urteil darüber verlangt wird, welche Partei eindeutig an der Spitze steht.

Die Wahlentscheidung der Befragten wird in einem für die fünf Parteien gestapelten Datensatz mit Hilfe einer diskreten Entscheidungsanalyse („conditional logit“) untersucht.

41 Hinzu kommt, dass die in der Umfrageforschung regelmäßig verwendeten Frageformulierungen zumeist die Langfristigkeit und Grundsätzlichkeit der Bindung betonen, zum Beispiel: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ (GLES 2013, ZA 5721). Dies ist im hier operationalisierten Konzept der Parteineigung nicht notwendig der Fall.

42 Vgl. die funktionale Theorie der Parteidentifikation von *Phillip W. Shively*, The Development of Party Identification Among Adults: Explorations of a Functional Model, in: American Political Science Review, 73. Jg. (1979), H. 4, S. 1039 – 1054.

Erst- und Zweitstimme werden zunächst getrennt für die Direktkandidaten beziehungsweise die Landeslisten der fünf damaligen Bundestagsparteien mit denselben Variablen vorausgesagt: Parteineigung (Pn), Kandidatenbewertung (Kb), Parteibewertung (Pb).

Die konventionelle Ausgangshypothese lautet, dass die Erststimme stärker von der Kandidatenbewertung und die Zweitstimme stärker von der Parteibewertung abhängt. Ohne Kandidaten- und Parteibewertung sollte die Parteineigung die Zweitstimme besser als die Erststimme voraussagen, weil das Bewertungsobjekt dem der abhängigen Variablen entspricht. Fügt man beide Bewertungen hinzu, hängt der verbleibende direkte Einfluss der Parteineigung von der Stärke des indirekten Einflusses ab, der über die Bewertungen läuft.

Die zwei Voraussagen werden zunächst getrennt für die Wahlkreise Stuttgart I und II geschätzt. Es werden alle Befragten einbezogen, die Kandidaten- und Parteibewertungen abgegeben haben. Wegen der geringen Meinungsbildung über wenig aussichtsreiche Direktkandidaten werden Fälle mit fehlenden Werten alternativenspezifisch und nicht befragtenspezifisch eliminiert. Auf eine getrennte Auswertung nach Parteien wird verzichtet, abhängige und unabhängige Variablen beziehen sich jeweils auf alle fünf Parteien beziehungsweise Kandidaten gleichzeitig. Nur die Konstanten sind parteienspezifisch; aus ihrem Muster lassen sich Rückschlüsse auf parteienspezifische Sonderbedingungen ziehen.

Eine getrennte Analyse von Erst- und Zweitstimme entspricht einem konventionellen Untersuchungsplan, mit dem sich die einfachen Hypothesen testen lassen, ob die Kandidatenbewertung einen größeren Einfluss auf die Erststimme und die Parteibewertung einen größeren Einfluss auf die Zweitstimme hat. Die einfachste Antwort auf die Forschungsfrage nach dem Einfluss des Direktkandidaten auf die Zweitstimme wäre ein nicht signifikanter Einfluss der Kandidatenbewertung auf die Zweitstimme. Die Antwort auf die Frage nach den Bedingungen des Wahlkreissiegs ist den geschätzten Parametern für die Erststimme nicht so leicht zu entnehmen, weil der Wahlkreissieg in Zweitstimmensystemen auch von der Bereitschaft zu strategischem Wählen abhängt. Ein starker Effekt der Kandidatenbewertung auf die Erststimme kommtt unabhängig von strategischen Überlegungen auch wegen rein persönlicher Eigenschaften von Kandidaten zustande, also aufgrund eines „personal vote“. Folglich muss in die Erststimmengleichung auch der oben bereits erwähnte Interaktionseffekt von Siegeswahrscheinlichkeit und Kandidatenbewertung ($S \times Kb$) eingehen. Erst wenn die Erststimmengleichung sich signifikant nach der Siegeswahrscheinlichkeit unterscheidet, kann man davon ausgehen, dass strategisches Wählen vorliegt.

Den konventionellen Untersuchungsplan kann man damit rechtfertigen, dass die gegenseitige Abhängigkeit von Erst- und Zweitstimme durch die unabhängigen Variablen weitgehend kontrolliert wird. Es geht also nicht darum, wie die zwei Stimmen sich gegenseitig beeinflussen, sondern wie die Beurteilungen von Kandidaten und Parteien zusammenhängen als der Erst- und Zweitstimme unmittelbar vorausgehende Einstellungen. Blais u.a.⁴³ lösen das Problem der gegenseitigen Abhängigkeiten von Erst- und Zweitstimme, indem sie die Befragten um Auskunft darüber baten, welche Verhaltensabsicht, also eine besondere Form der Kandidaten- beziehungsweise Parteipräferenz, zuerst gebildet wurde: die, für einen bestimmten Kandidaten, oder die, für eine bestimmte Partei zu stimmen. Sie beschränken ihre Analyse auf die Fälle, bei denen eine Entscheidung der anderen vorausgeht – nämlich nur 28 Prozent; für 72 Prozent ihrer Befragten müssen sie Gleichzeitigkeit akzeptieren.

43 Vgl. André Blais / Ludovic Rheault / John Aldrich / Thomas Gschwend, a.a.O. (Fn. 27).

Für zusammenhängende Einstellungen auch in der Form von Verhaltensabsichten überrascht dieses Ergebnis nicht.

Die hier vorgenommene Erweiterung des konventionellen Untersuchungsplans berücksichtigt diese dominierende Gleichzeitigkeit, die sich aus der Logik des Antwortverhaltens in Umfragen ergibt.⁴⁴ So werden Befragte, die als Parteianhänger Orientierungskosten sparen, bestrebt sein, Parteien und Kandidaten in Übereinstimmung mit ihrer Parteineigung zu beurteilen, und sie werden entsprechend keinen großen Unterschied zwischen ihrer Erst- und ihrer Zweitstimme machen. Auf andere Befragte trifft dies nicht zu; sie machen diesen Unterschied und kommen auch zu divergierender Stimmabgabe. Das Verhalten der ersten Gruppe kann mit dem Streben nach kognitiver Konsonanz⁴⁵ erklärt werden. Wenn jemand zu einer Partei neigt, wird er sie und die von ihr präsentierten Bewerber auch positiv bewerten und bei der Wahl seine zwei Stimmen konsistent zugunsten dieser Partei abgeben. Anders ausgedrückt: Konsonanz-Wählen erspart zusätzliche Orientierungskosten und mag erklären, warum drei Viertel bis vier Fünftel der Wähler bei einer Bundestagswahl ihre zwei Stimmen derselben Partei zugutekommen lassen. Diese Hypothese soll deshalb in einem zweiten Untersuchungsplan für die Wahlentscheidung der Konsonanz-Wähler überprüft werden, in der Erwartung, dass alle drei unabhängigen Variablen einen gleichgerichteten starken Einfluss auf eine konsistente Stimmabgabe für Wahlkreiskandidat und Landesliste derselben Partei ausüben. Man kann dies zusätzlich nachweisen, wenn die Wirkung von Kandidaten- plus Parteibewertung ($Kb + Pb$) auf das Konsonanz-Wählen sehr stark ist, während der Betrag der Abweichung ($|Kb - Pb|$) keinen Einfluss hat.

Divergenz-Wähler, also Wähler, die ihre Erststimme dem Kandidaten einer anderen Partei geben als ihre Zweitstimme, beurteilen dagegen Kandidaten und Parteien unabhängig voneinander. Psychologisch gesehen muss das keine Dissonanz erzeugen, weshalb auch die Bezeichnung Dissonanz-Wähler für diese Gruppe irreführend wäre. Für sie sollte die Parteineigung keine, zumindest aber eine geringere Rolle spielen, weil sie die Orientierung nicht erleichtert. Dafür lässt sich erwarten, dass die Kandidatenbewertung für die Erststimme und Parteibewertung für die Zweitstimme die entscheidende Rolle spielen. Außerdem kann man für das Erststimmenwählen dieser Gruppe erwarten, dass sie strategischen Überlegungen zugänglich ist. Entsprechend sollte hier wiederum die Interaktion von Siegeswahrscheinlichkeit und Kandidatenbewertung ($S \times Kb$) wichtig sein. Welcher Bewerber in Abweichung von der Zweitstimme gewählt wird, sollte sich mit der Differenz $Kb - Pb$ erklären lassen.

Wie verteilen sich die Kandidaten- und Parteistimmen bei den Konsonanz- und Divergenz-Wählern in den beiden Stuttgarter Wahlkreisen? Hier sollten sich charakteristische Unterschiede zeigen, die aus der unterschiedlichen Konkurrenzsituation der Direktkandidaten im linken Lager und den Wahlempfehlungen von SPD und Grünen resultieren.

Die Wahlkreisgewinner der CDU führen laut Befragung in den beiden Stuttgarter Wahlkreisen mit 13 Prozentpunkten vor den ersten Verlierern, dem Direktkandidaten der Grünen *Cem Özdemir* in Stuttgart I, der in der Fünf-Kandidaten-Wahl auf 30 Prozent kam, und dem Herausforderer *Schäfstoß*, der in Stuttgart II 33 Prozent erzielte. Allerdings besitzen erster und zweiter Verlierer von SPD und Grünen zusammen in beiden Wahlkreisen einen Stimmenvorsprung vor den siegreichen CDU-Kandidaten. Das zeigt, wie aus-

44 Vgl. zum Beispiel *John R. Zaller*, The Nature and Origins of Mass Opinion, Cambridge 1992.

45 Vgl. *Leon Festinger*, Theorie der kognitiven Dissonanz, Bern 2012.

Tabelle 2: Die Fünfparteiens-Wahl in den Wahlkreisen Stuttgart I und II laut Wahlergebnis und Wahltagsbefragung (in Prozent)

Kandidat Partei	Wahllokalwähler		Wahltagsbefragung				
			Gesamt		Konsonanz- Wähler	Divergenz- Wähler	
	Erst- stimme	Zweit- stimme	Erst- stimme	Zweit- stimme	Erststimme = Zweit- stimme	Erst- stimme	Zweit- stimme
Stuttgart I							
CDU	44,4	40,8	43,5	39,9	51,5	29,8	14,1
SPD	18,7	24,7	21,0	26,0	22,9	16,3	34,5
FDP	2,3	8,2	1,3	7,3	1,2	1,6	21,6
Grüne	29,9	18,6	30,0	18,0	19,5	51,1	13,8
Linke	4,7	7,8	4,2	8,8	4,9	1,3	16,0
N	93.076	90.932	1.130	1.083	730	319	319
Stuttgart II							
CDU	47,4	43,6	46,8	43,2	51,2	33,3	15,7
SPD	30,4	27,0	33,0	28,1	31,1	38,8	15,7
FDP	2,4	6,8	1,2	5,3	0,8	2,0	21,8
Grüne	13,8	14,4	14,1	14,7	11,8	22,5	25,9
Linke	6,0	8,2	5,0	8,8	5,1	3,4	21,1
N	87.872	85.593	740	702	533	147	147

Quelle: Landeshauptstadt Stuttgart, a.a.O. (Fn. 2) und eigene Auszählung.

sichtsreich eine erfolgreiche Koordination im linken Lager gewesen wäre. Dass sie zum guten Abschneiden des ersten Verlierers und zum schlechten Abschneiden des zweiten Verlierers beigetragen hat, lässt sich aus den Differenzen von Erst- minus Zweitstimmen bei SPD und Grünen herauslesen. In Stuttgart I hatte *Özdemir* einen deutlichen Vorsprung vor seiner Partei, während *Schäfstoß* in Stuttgart II nur wenig mehr Erststimmen als seine Partei Zweitstimmen erringen konnte; diese können überdies kaum von den Grünen gekommen sein, sondern eher von der Linken. Genauso lässt sich die Wahl der CDU-Kandidaten bei den Wählern vermuten, die der FDP ihre Zweitstimme gegeben haben. Die größten Differenzen zwischen Erst- und Zweitstimmen ergeben sich erwartungsgemäß bei den Divergenz-Wählern: 41 Prozentpunkte zugunsten von *Özdemir* und 20 Prozentpunkte zulasten von *Ute Vogt* oder immer noch 22 Prozentpunkte zugunsten von *Schäfstoß*. Gerade bei den Wählern, die nicht dieselbe Partei mit ihren zwei Stimmen wählen, kommen die Unterschiede zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl klar zum Ausdruck: Konzentration der Stimmen auf die zwei oder drei aussichtsreicheren Kandidaten bei Mehrheitswahl und eine gleichmäßige Stimmenverteilung bei Verhältniswahl.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Regressionsanalysen zunächst getrennt für die zwei Wahlkreise ausgewiesen. Erst bei der Aufteilung der Wähler in Konsonanz- und Divergenz-Wähler werden die zwei Wahlkreise zusammen analysiert, weil deren Unterschiede mit den unabhängigen Variablen bereits weitgehend berücksichtigt sind. Das trifft vor allem auf die mit den wahrgenommenen Siegeschancen der Kandidaten gewichteten Kandidatenbewertungen zu. Außerdem haben nicht alle Befragten alle Kandidaten und Parteien auch

tatsächlich beurteilt, was die Fallzahl über fehlende Angaben zum eigenen Wahlverhalten hinaus weiter einschränkt.

3. Meinungsbildung über Kandidaten und Parteien

Für einfache Mehrheitswahlen in Ein-Personen-Wahlkreisen hat sich das *Duverger*-Gesetz bewährt. Es sagt eine Konzentration der Stimmen auf die Kandidaten von zwei Parteien voraus, die Partei des Siegers und die Partei des aussichtsreichsten Herausforderers.⁴⁶ Nur wenn der erwartete Stimmenabstand zwischen erstem und zweitem Verlierer gering ist, kann es zu einem Nicht-*Duverger*-Gleichgewicht aus drei Parteien kommen, das heißt zu einer Situation, in der die Anhänger kleinerer Parteien einen der drei aussichtsreichen Kandidaten wählen.⁴⁷ Für den Wähler lässt sich daraus ableiten, dass sich für Bewerber der nicht-aussichtsreichen Parteien auch eine Beurteilung weniger lohnt als für die diejenigen aussichtsreicher Parteien. Da dieses Argument nur für Mehrheitswahlen gilt, sollten sich bei der Beurteilung der Parteien als den Optionen für die Verhältniswahl weniger Beurteilungslücken nach der Parteigröße zeigen.

Welchen Parteien die Stuttgarter Wähler 2013 Wahlkreissiege zutrauten, beantwortet die Variable Siegeswahrscheinlichkeit (S), die sich aus den Antworten auf die Frage bilden lässt, welcher Kandidat den Wahlkreis gewinnen wird. Die CDU-Kandidaten erhalten mit Wahrscheinlichkeiten von 0,61 beziehungsweise 0,76 den Sieg zugesprochen, vermutete erste Verlierer sind *Özdemir* (0,27) und *Schäfstoß* (0,17) mit deutlichem Vorsprung jeweils vor den zweiten Verliererinnen, *Ute Vogt* (0,11) in Stuttgart I und *Birgitt Bender* (0,06) in Stuttgart II. Die Reihenfolge dieser Wahrscheinlichkeiten sollte auch die Reihenfolge der Angaben zu den Kandidatenbewertungen vorgeben. Diese Erwartung trifft auf Stuttgart II zu. Im „Prominentenwahlkreis“ Stuttgart I äußern sich mehr Befragte über den grünen Parteivorsitzenden *Özdemir* und die ehemalige Landesvorsitzende der SPD *Vogt* als über den CDU-Kandidaten; nur FDP und Linke entsprechen der Erwartung voll. Als zweites wichtiges Ergebnis sind die geringen Unterschiede der Meinungsbildung über die fünf Parteien hervorzuheben.

Dass die Meinungsbildung über Kandidaten und Parteien verschiedenen Mustern folgt, wird noch deutlicher, wenn man sich die fehlenden Angaben parteiunabhängig ansieht. Über 60 Prozent der Befragten beurteilen alle fünf Parteien, aber nur 40 Prozent bewerten alle fünf Kandidaten. Sehr viel seltener als ein Kandidat wird nur eine Partei beurteilt, so als sei man es sich schuldig, wenigstens über den Bewerber ein Urteil abgeben zu können, den man gewählt hat; und wenn man mehrere vergleicht, kann man den Vergleich auf die aussichtsreicher beschränken. Dagegen ist die der Wahlentscheidung zugrunde liegende Auswahlmenge (das sogenannte „choice set“) bei den Parteien weniger beschränkt, so dass wohl tatsächlich eher eine echte Auswahl getroffen wird als bei den Kandidaten.

Der Umfang der Meinungsbildung sagt noch nichts darüber aus, wie die Meinungen ausfallen und von welchen Bedingungen eine gute oder schlechte Beurteilung abhängt.

46 Vgl. Maurice *Duverger*, Die politischen Parteien, Tübingen 1959.

47 Vgl. Gary W. Cox, Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems, Cambridge 1997, S. 72.

Wenn die Parteineigung der Erleichterung der politischen Orientierung dient, sollten Parteianhänger generell ihre eigene Partei und deren Kandidaten positiver bewerten als andere Parteien und Kandidaten. Dafür spricht auch die Tendenz zur Dissonanz-Vermeidung. Eine Bestätigung dieser Hypothese verifiziert gleichzeitig die oben gegebene Begriffsexplikation der Parteineigung als Harmoniemaschine für politische Ansichten. Die Bewertung eines politischen Objekts hängt darüber hinaus aber von einer Reihe weiterer Faktoren ab, wie der Erfahrung auch der Nicht-Anhänger mit einer Partei, dem positiven oder negativen Nachrichtentenor oder, bei Direktkandidaten wesentlich, der schlichten Bekanntheit im Wahlkreis. Außerdem ist aufschlussreich, inwieweit Direktkandidaten oder Parteien von den Wählern positiver beurteilt werden. Die Seite, die besser bewertet wird, könnte auch die verbundene Entscheidung für Kandidat und Partei stärker beeinflussen.

Dass die Anhänger einer Partei ihren Kandidaten und ihre Partei tatsächlich positiver bewerten als Nicht-Anhänger, überrascht nicht. Hervorzuheben ist lediglich, dass dies durchgängig für alle Parteien und Kandidaten gilt. Dennoch sind die Durchschnittsbewertungen der Anhänger auch von anderen Faktoren abhängig. So beurteilen in beiden Wahlkreisen die Anhänger der zwei Parteien, deren Bewerber die höchsten Wahrscheinlichkeiten auf den Sieg haben, ihre Kandidaten positiver als die Anhänger der anderen Parteien ihren Kandidaten. Das heißt, auch die Parteianhänger lassen in die Beurteilung ihres Kandidaten oder ihrer Partei mehr einfließen als nur ihre Loyalität. Das musste auch die FDP erfahren, die sowohl bei ihren Anhängern als auch bei den Nicht-Anhängern schlechter abschnitt als die anderen Bewerber beziehungsweise Parteien in den Vergleichsgruppen.

Betrachtet man die Beurteilung von Kandidaten und Parteien durch die jeweiligen Nicht-Anhänger, stellt man fest, dass die Wahlkreissieger von der CDU nicht am besten eingestuft werden. In Stuttgart I führen *Cem Özdemir* und *Ute Vogt* vor *Stefan Kaufmann* und in Stuttgart II führt *Nicolaus Schäfstoß* vor *Karin Maag*. In beiden Wahlkreisen gibt es linke Mehrheiten, die einen ihrer Kandidaten bei der einfachen Mehrheitswahl aber wegen Koordinationsschwierigkeiten nicht durchsetzen können. Der CDU nützt dagegen ihre große und besonders loyale Anhängerschaft.

Als weiteres, aber nicht unwichtiges Ergebnis dieser Auswertung⁴⁸ bleibt zu erwähnen, dass die Durchschnittsbewertungen der Parteien durchweg positiver ausfallen als die Bewertung ihrer Kandidaten. Diese Feststellung gilt ohne Ausnahme für alle Parteien; selbst ein so beliebter Bewerber wie *Cem Özdemir* wird nicht besser eingestuft als seine Partei. Insgesamt kann man daraus und aus den Ergebnissen über die Vollständigkeit der Bewertung aller Kandidaten beziehungsweise aller Parteien schließen, dass die Parteienbeurteilung bei den meisten Wählern gegenüber der Kandidatenbeurteilung dominant sein dürfte.

4. Getrennte Analyse von Erst- und Zweitstimme

Unter der Annahme, dass die Kandidatenbewertung die Verhaltensabsicht für die Erststimme erfasst, bedarf es nur noch einer Entscheidungsregel, wie aus fünf Berteilungen ein bestimmtes Verhalten folgen soll, und der Festlegung eines Wahlsystems, wie diese konkretisierten Verhaltensabsichten zu einem Endergebnis aggregiert werden, um ein Wahlresultat

48 Die Tabellen können vom Erstautor angefordert werden.

zu emulieren. Nehmen wir eine paarweise Abstimmung zwischen fünf Kandidaten an, dann sind in jedem Wahlkreis zehn Abstimmungen durchzuführen. Das ist zwar umständlich; so lässt sich aber feststellen, ob es einen Kandidaten gibt, der die anderen vier besiegen kann und der dann legitimerweise den Wahlkreissieg beanspruchen kann. Als Entscheidungsregel soll gelten, dass ein Wähler dem Kandidaten jeweils seine Stimme gibt, den er besser beurteilt. Aus gleicher Bewertung folge Enthaltung, genauso wie bei fehlender Bewertung eines oder beider Kandidaten. Die Anwendung dieser Regeln erbringt das folgende, überraschende Ergebnis: In Stuttgart I obsiegte *Özdemir* gegen alle anderen und in Stuttgart II *Schäfstoß*. Die bei relativer Mehrheitswahl siegreichen CDU-Kandidaten gingen leer aus. Über die Präferenzen der Wähler hinaus hängen demokratische Abstimmungen offensichtlich auch vom Wahlsystem und von den individuellen Entscheidungsregeln ab, die aus Präferenzbekundungen für verschiedene Optionen eine konkrete Verhaltensabsicht werden lassen. Dieses Eingangsbeispiel unterstreicht noch einmal die Bedeutung des Koordinationsproblems im linken Lager in diesen beiden Wahlkreisen.

Nun hängt natürlich die Erststimme nicht nur von der Kandidatenbewertung ab. So werden sich Konsonanz-Wähler zum Beispiel auch an ihrer Parteineigung und ihrer Parteibewertung orientieren und dies natürlich vor allem dann, wenn sie sich gar keine Meinung zu den Direktkandidaten gebildet haben. Den relativen Einfluss dieser drei Motive auf die Wahl eines Bewerbers oder einer Partei gilt es in diesem Abschnitt zu untersuchen.

In Tabelle 3 schätzt Modell 2 für die Erststimme und Modell 2' für die Zweitstimme die Wirkung von P_n , K_b und P_b . Wie wichtig die Kandidaten- und Parteibewertungen gegenüber der Parteineigung noch sind, zeigt sich darin, dass die Erklärungskraft des Modells durch sie noch einmal um ein Drittel über die Erklärungskraft der Parteineigung hinaus erhöht wird. Die naheliegende Hypothese, dass die Kandidatenbewertung stärker die Erststimme und die Parteibewertung stärker die Zweitstimme beeinflusst, kann bestätigt werden. In beiden Wahlkreisen ist aber die Parteibewertung für die Erststimme weitaus wichtiger als die Kandidatenbewertung für die Zweitstimme. Wie erwartet, determiniert die Parteineigung allein die Zweitstimme etwas stärker als die Erststimme, was sich aus der höheren Übereinstimmung mit der Parteien- als mit der Kandidateneinstufung erklärt.

Für den Sieg im Wahlkreis spielt die Bewertung des Bewerbers die größte Rolle. Diese Bewertung hängt wiederum stark von der Parteineigung ab, aber eben nicht nur. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die Konstanten. In Stuttgart I erhält der Grüne *Özdemir* gleich viele Erststimmen wie der schließlich siegreiche *Kaufmann*, wenn man die Parteineigung kontrolliert (vgl. Modell 1). Bei den vollständigen Modellen sind für die Erststimmen (Modell 2) alle Konstanten signifikant negativ im Vergleich zur Basis CDU, während bei den Zweitstimmen (Modell 2') in erster Linie die stark negative Konstante bei den Grünen auffällt. Der Erfolg der CDU-Kandidaten hängt offensichtlich noch von anderen Motiven ab als Kandidaten- und Parteibewertung, was genauso für den im Vergleich zur CDU relativen Misserfolg der Grünen bei den Zweitstimmen gilt.

Gibt man seine Erststimme dem Kandidaten, den man am höchsten bewertet, stimmen Präferenz und Entscheidung überein. Zum strategischen Handeln wird in diesem Zusammenhang die Stimmabgabe erst, wenn man zusätzlich zur Bewertung noch die Siegeschancen der Kandidaten berücksichtigt und denjenigen wählt, für den das Produkt aus beiden am größten ist. Somit wäre der harte Test für ein strategisches Wählerkalkül, wenn man trotz eines hoch bewerteten, aber aussichtslosen Kandidaten einen niedriger bewerteten, aber aussichtsreicherem wählt. Der entsprechende Effekt in Modell 3 ist in der Wähler-

**Tabelle 3: Erst- und Zweitstimmenwählen in Stuttgart I (n=748) und II (n=420).
Eine diskrete Entscheidungsanalyse**

Stuttgart I					
	Erststimme n=748			Zweitstimme n=698	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 1 ^c	Modell 2 ^c
Konstante (Basis CDU)					
SPD	-0,85***	-0,58**	-0,18	-0,13	-0,08
FDP	-2,49***	-2,21***	-1,67	-0,81***	0,02
Grüne	-0,07	-0,69***	-0,42	-0,96***	-1,38***
Linke	-1,40***	-1,52***	-1,03	-0,16	0,14
Parteineigung	2,20***	0,77***	0,77***	2,35***	0,77***
Kandidatenbewertung Kb		1,76***	1,69***		0,27**
Parteienbewertung Pb		0,99***	0,99***		1,98***
Siegeschancen × Kandidatenbewertung (S × Kb)			0,24		
Log-Likelihood	-562,98	-299,02	-299,02	-582,36	-362,32
McFadden R ² im Vergleich zum Konstantenmodell	0,353	0,656	0,656	0,359	0,601
Stuttgart II					
	Erststimme n=420			Zweitstimme n=397	
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 1 ^c	Modell 2 ^c
Konstante (Basis CDU)					
SPD	-0,07	-0,46*	0,55	-0,27	-0,47**
FDP	-3,07***	-2,94***	-1,52	-1,38***	-0,36
Grüne	-1,04***	-1,69***	-0,46	-0,99***	-1,31***
Linke	-1,36***	-2,10***	-0,77	-0,30	-0,36
Parteineigung	2,23***	0,76***	0,76***	2,47***	0,92***
Kandidatenbewertung Kb		1,83***	1,68***		0,59***
Parteienbewertung Pb		0,84***	0,84***		1,66***
Siegeschancen × Kandidatenbewertung (S × Kb)			0,56		
Log-Likelihood	-307,83	-158,01	-157,18	-307,87	-183,46
McFadden R ² im Vergleich zum Konstantenmodell	0,361	0,672	0,674	0,398	0,641
Anmerkung: *, **, *** bezeichnen Signifikanzniveaus von 5, 1 und 0,1 Prozent.					
Quelle: Eigene Berechnung.					

schaft allgemein nicht signifikant; darauf wird aber beim Wählerverhalten der Divergenz-Wähler zurückzukommen sein.⁴⁹ Für den Wahlkreissieg ist zuallererst eine gute Kandidatenbewertung wichtig; worin die Gründe für diese hohe Bewertung liegen, ist eine andere Frage. Strategische Überlegungen dürften dabei eine untergeordnete Rolle spielen, den

49 Die Einbeziehung des Haupteffekts der Siegeschance in Modell 3^c ist nicht möglich beziehungsweise nötig, da dieser bereits durch die alternativenspezifischen Konstanten berücksichtigt wird.

Hauptgrund residual einem „personal vote“ zuzuschreiben wäre aber auch voreilig. Dabei würde man die gegenseitigen Abhängigkeiten von Parteineigung, Partei- und Kandidatenbewertung vernachlässigen. Indirekt spielen auch die erwarteten Siegeschancen insoweit eine Rolle, als Kandidaten ohne Siegeschancen oft gar nicht bewertet werden.

Der Effekt der Kandidatenbewertung auf die Zweitstimme bei Kontrolle von Parteineigung und Parteibewertung (vgl. Modell 2^c) steht hier für die Kontamination der Verhältniswahl durch die Mehrheitswahlkomponente, das heißt konkret für die Möglichkeit, dass ein hoch geschätzter Direktkandidat seiner Partei auch zu einem besseren Zweitstimmenergebnis verhilft. Ein solcher – positiver – Effekt ist in beiden Wahlkreisen signifikant, wenn auch nicht so stark wie der von Parteineigung oder Parteibewertung. Wenn ausgerechnet die Konstante für die Grünen in beiden Wahlkreisen gegenüber der CDU signifikant negativ bleibt, ziehen diese Partei und ihre Bewerber positive Bewertungen an, die sich nicht in Wählerverhalten umsetzen. Das gilt auch für die SPD in Stuttgart II. Man kann im Gegen teil feststellen, dass sich ausgerechnet die Konstanten für FDP und Linke bei den Zweitstimmen (Modell 2^c) nicht signifikant von der CDU unterscheiden. Berechnet man die Effekte der Kandidatenbewertung alternativenspezifisch (in Tabelle 3 nicht aufgelistet), zeigt sich der Grund dafür. Wer die am wenigsten aussichtsreichen Kandidaten von FDP und Linken positiv bewertet, wählt die Landeslisten dieser Parteien besonders stark, so als sei dies der Ausgleich für das Erststimmen-Dilemma. Der im Durchschnitt besonders gut bewertete Parteivorsitzende der Grünen brachte seiner Partei zwar keinen Zusatzgewinn bei den Zweitstimmen, aber dafür ein respektables Abschneiden als erster Verlierer um das Direktmandat.

5. Das Wahlverhalten von Konsonanz- und Divergenz-Wählern

Die Aufteilung der Wählerschaft in die zwei Gruppen der Konsonanz- und Divergenz-Wähler berücksichtigt die Heterogenität der Wählerschaft beim Zwei-Stimmen-Wählen. Sie erfolgt in der Erwartung, dass sich die Wahl motive der beiden Gruppen unterscheiden. Wer beide Stimmen derselben Partei zugutekommen lässt, spart Informationskosten, indem er konsonante Bewertungen von Parteien und Kandidaten vornimmt, die sich dann alle in etwa gleich positiv auf sein „sticky voting“ auswirken. Alternativ zu den Einzeleffekten von Kandidaten- und Parteibewertung wird diese Hypothese mit der Summe $Kb + Pb$ für jede der fünf Parteien und für den Betrag der Differenz $|Kb - Pb|$ in der Erwartung überprüft, dass nur die Summe, neben der Parteineigung, einen großen Effekt haben sollte. Für die Divergenz-Wähler sollte dagegen die Differenz der beiden Bewertungen einschließlich des Vorzeichens wichtig sein, ohne dass die Parteineigung ihre Orientierungsfunktion erfüllen kann. Positive Werte von $Kb - Pb$ bedeuten, dass der Kandidat einer Partei positiver beurteilt wird als die Partei, und dies sollte sich bei der Erststimme positiv auf die Wahl dieses Bewerbers auswirken.

Die Analysen im vorigen Abschnitt haben gezeigt, dass die Unterschiede der Modellschätzungen für die beiden Stuttgarter Wahlkreise gering sind. Sobald man die wichtigen Wahl motive erfasst hat – Parteineigung, Kandidatenbewertung und Parteibewertung – kann Homogenität der Wählerschaft über Wahlkreisgrenzen hinweg angenommen werden. Daher werden in diesem Abschnitt die Modelle für Stuttgart insgesamt geschätzt, das heißt konkret für 753 befragte Konsonanz- und 333 befragte Divergenz-Wähler.

Tabelle 4: Die Wahlentscheidung von Konsonanz- und Divergenz-Wählern

	Konsonanz-Wähler n=753		Erststimme Divergenz-Wähler n=333		
	Modell 1	Modell 2	Modell 1 ^c	Modell 2 ^c	Modell 3 ^c
Konstante (Basis CDU)					
SPD	-0,58*	-0,59*	-0,39	0,90	-0,39
FDP	-2,05***	-2,08***	-2,27***	-0,57	-2,27***
Grüne	-2,07***	-2,06***	-0,26	0,80	-0,26
Linke	-1,47***	-1,55***	-2,43***	-0,82	-2,43***
Parteineigung	1,51***	1,50***	-0,24	-0,19	-0,24
Kandidatenbewertung Kb	1,85***		1,82***	1,65***	
Parteienbewertung Pb	2,00***		0,37*	0,39*	
Siegeschancen × Kandidatenbewertung (S × Kb)				0,43	
Siegeschancen (S)				1,02	
Kb + Pb		1,98***			1,10***
Kb - Pb		0,34			
Kb - Pb					0,73***
Log-Likelihood	-148,84	-147,66	-193,88	-191,52	-193,88

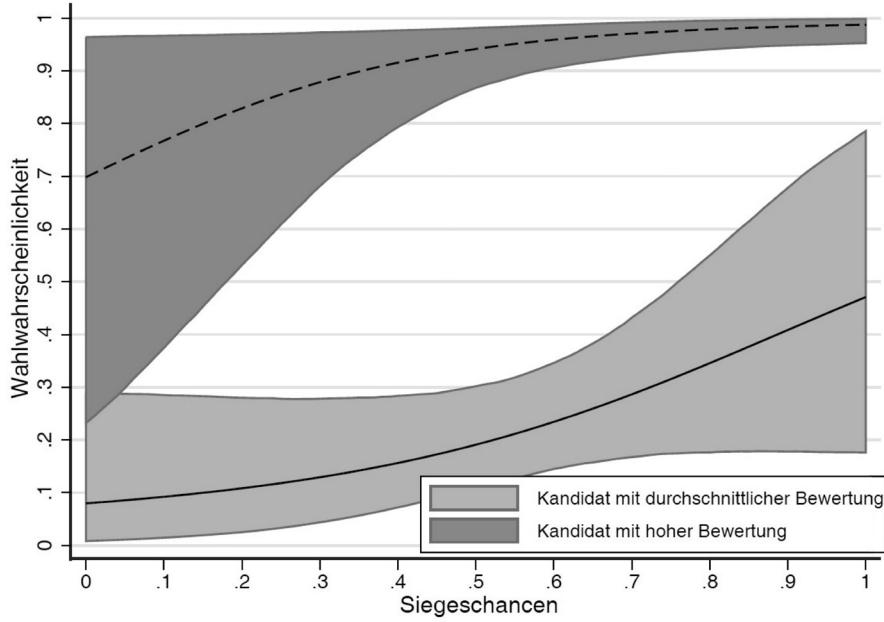
Anmerkung: *, **, *** bezeichnen Signifikanzniveaus von 5, 1 und 0,1 Prozent.

Quelle: Eigene Berechnung.

Das Wahlverhalten der ersten Gruppe entspricht voll den Erwartungen. Sie geben ihre zwei Stimmen der Partei, zu der sie neigen und die sie genauso wie ihren Direktkandidaten am höchsten einstufen. Es zählt nur die Bewertungssumme, nicht der Betrag der Differenz, der im Zweifelsfalle Null sein wird. Außerdem kommt in den signifikanten negativen Konstanten gegenüber der CDU die starke Position dieser Partei zum Ausdruck. Selbst wenn man Parteineigung sowie Kandidaten- und Parteibewertung kontrolliert, dominiert die CDU das Konsonanz-Wählen.

Anders ist die Situation beim Divergenz-Wählen, hier für die Erststimme betrachtet. Die Konstanten unterscheiden sich für die Erststimmen der drei aussichtsreichen Kandidaten von CDU, SPD und Grünen nicht mehr signifikant. Die Parteineigung bleibt folgenlos, der Effekt der Kandidatenbewertung übertrifft den der Parteibewertung, und schließlich ist nicht nur die Summe, sondern auch die Differenz der beiden Bewertungen wie erwartet signifikant und positiv. Interessanterweise lässt sich in der relativ kleinen Gruppe der Divergenz-Wähler auch strategisches Erststimmenwählen nachweisen. Wie in Abbildung 1 deutlich wird, steigt mit zunehmenden Siegeschancen eines Kandidaten die Wahrscheinlichkeit, dass er auch gewählt wird. Kandidaten, die von einem Divergenz-Wähler hoch, das heißt auf der 5er Skala mit dem Wert 5 bewertet wurden, haben auch bei geringer Siegeswahrscheinlichkeit von S=0 eine hohe Wahlwahrscheinlichkeit. Im abgebildeten Beispiel eines CDU-Kandidaten beträgt diese bereits 0,7, wobei die vereinfachende Annahme getroffen wird, dass alle anderen Kandidaten durchschnittlich mit Kb=2,66 bewertet werden und jeder der anderen vier Bewerber eine Siegeswahrscheinlichkeit von S=0,25 hat. Bei hoher Siegeswahrscheinlichkeit des CDU-Kandidaten von S=1 (und entsprechender Siegeswahrscheinlichkeit von Null für die übrigen) wird er aber fast mit Sicherheit gewählt. Erfährt

Abbildung 1: Effekt der Siegeschancen auf die Wahlwahrscheinlichkeit von durchschnittlichen und hoch bewerteten Kandidaten für Divergenz-Wähler



Anmerkung: Abgebildet ist die vorhergesagte Wahlwahrscheinlichkeit eines CDU-Kandidaten nach Modell 2' bei durchschnittlicher ($K_b=2,66$) beziehungsweise hoher ($K_b=5,0$) Bewertung durch einen Wähler, der keine Parteineigung hat und alle übrigen Kandidaten sowie sämtliche Parteien durchschnittlich bewertet ($K_b=2,66$ beziehungsweise $P_b=2,68$). Die Siegeswahrscheinlichkeiten der übrigen Kandidaten sind jeweils gleichverteilt.

Quelle: Eigene Darstellung.

der beispielhafte CDU-Kandidat hingegen nur eine durchschnittliche Bewertung durch den Divergenz-Wähler, beträgt seine Wahlwahrscheinlichkeit bei niedriger Siegeswahrscheinlichkeit circa 0,1 und bei hoher circa 0,5. Dies kann als klarer Hinweis auf strategisches Wählen interpretiert werden. Entgegen unseren Erwartungen lässt sich strategisches Wählen aber auch für Konsonanz-Wähler nachweisen (nicht ausgewiesen).

6. Stuttgart I und II: Argumente für ein modifiziertes Wahlrecht

Die berichteten Ergebnisse gelten für die Fallstudie zur Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen Stuttgart I und II. Dennoch können Schlussfolgerungen für Zweistimmensysteme speziell des deutschen Typs abgeleitet werden, weil die in der Literatur als entscheidend herausgearbeiteten Einflussfaktoren für Erst- und Zweitstimme untersucht wurden. Die Verteilung der Wähler auf die Ausprägungen der Einflussfaktoren mag je nach Wahlkreis differieren, ihre Wirkung auf die Erst- und Zweitstimme eher nicht.

Für den Sieg im Wahlkreis bei einer Bundestagswahl ist die Kandidatenbewertung durch die Wähler wichtig. Wovon sie im Einzelnen abhängt, ist eine andere Frage. Dass bei Be-

werben für den Bundestag die Parteizugehörigkeit eine entscheidende Rolle spielt, hat sich bestätigt. Prominenz in der Bundespolitik dürfte ein weiterer Faktor sein, aber auch die Wahlkreisarbeit und eigene, parteiunabhängige Wahlkampfressourcen, wie *Gschwend* und *Zittel*⁵⁰ gezeigt haben. Dass allerdings ohne die Partei nichts mehr geht, musste 2013 der Abgeordnete *Siegfried Kauder* im Wahlkreis Schwarzwald-Baar als unabhängiger Kandidat erfahren. Von seiner Partei nicht mehr aufgestellt, erhielt er drei Prozent der Erststimmen; 2009 war er als CDU-Kandidat noch auf 47 Prozent gekommen.

Strategische Überlegungen spielen im Mehrheitssegment des deutschen Wahlsystems ebenfalls eine Rolle. Bisher ist allerdings nie untersucht worden, inwieweit Wähler auch bereit sind, einen Kandidaten zu wählen, den sie schlechter beurteilen als zum Beispiel denjenigen ihrer eigenen Partei. Denn einfach den Kandidaten zu wählen, von dem man am meisten hält, unabhängig davon, welcher Partei er angehört, könnte auch als „*sincere candidate voting*“ angesehen werden. Erst die Wirkung einer mit den Siegeschancen multiplizierten Kandidatenbewertung auf die Erststimme weist strategische Überlegungen nach, die Vertrautheit mit dem Wahlsystem und rationale Erwartungen über die Siegeschancen der Kandidaten voraussetzen. Trotz der rechnerisch gegebenen Möglichkeit des Sieges linker Kandidaten in den beiden Stuttgarter Wahlkreisen haben die Wahlempfehlungen von SPD und Grünen ihre Wähler nicht massenhaft überzeugen können. Derartigen strategischen Überlegungen aufgeschlossen zeigt sich nur die Minderheit der Wähler, die bereit waren, ihre zwei Stimmen zu splitten.

In der Literatur wurde es als Beispiel für Kontamination zwischen Mehrheits- und Verhältniswahl angesehen, wenn Parteien Direktkandidaten aufstellen, von denen sie von vornherein wissen, dass sie den Wahlkreis nie gewinnen werden. Die vermutete Kontamination besteht dann in der angenommenen Wirkung auf ein Zweitstimmen-Mehr. Ein entsprechender kleiner Effekt einer positiven Kandidatenbewertung auf die Zweitstimmen ließ sich nachweisen. Die Frage ist allerdings, ob hier eine so kurzfristige Betrachtung im Querschnitt ausreicht. Wem nützt das Zweitstimmensystem auf Dauer?

Hier spricht nach den vorliegenden Analysen viel für die Vermutung, dass die kleinen Parteien von diesem System gezwungen werden, auch aussichtslose Direktkandidaten aufzustellen, um ihren Anhängern Konsonanz-Wählen zu ermöglichen. Wenn die Annahme der Wählerheterogenität stimmt, muss Wählern, die auf Orientierung durch ihre Partei angewiesen sind, die Möglichkeit geboten werden, ihre zwei Kreuze auf dem Stimmzettel in derselben Zeile zu machen. Wer weiterdenkt und Stimmensplitting aus strategischen Erwägungen ins Kalkül zieht, gesteht sich damit gleichzeitig die mindere Rolle seiner nicht kanzlerfähigen Partei im deutschen Parteiensystem ein. Ein reines Verhältniswahlrecht hätte wahrscheinlich die Größenunterschiede der Parteistimmen schon mehr eingeebnet, als dies tatsächlich in Deutschland geschehen ist. Vielleicht könnte man auf die Fünf-Prozent-Klausel im Wahlgesetz zur Erleichterung der Regierungsbildung verzichten, wenn man auf das Wahlrecht von 1949 zurückginge: eine Wahlkreisstimme, die doppelt ausgezählt wird. Den kleinen Parteien würde das dauernde Eingeständnis ihrer Unterlegenheit beim Stimmensplitting erspart, und die großen Parteien müssten sich mehr auf ihren größeren und vielleicht qualifizierteren Kandidatenpool verlassen.

50 Vgl. *Thomas Gschwend / Thomas Zittel*, a.a.O. (Fn. 21).